

Heimat retten!

JA zur Volksinitiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen»



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Aus SD-Sicht formuliert könnte man auch sagen: Ausverkauf der Heimat stoppen! Denn der Initiant, Franz Weber, knüpft dort an, wo unser Kampf gegen den Ausverkauf der Heimat vor 15 Jahren nicht mehr weitergeführt werden konnte, da wir – das immerhin ein grosser SD-Erfolg – verhinderten, dass das entsprechende Baueinschränkungsgesetz ganz abgeschafft werden konnte. Danach wurde es eher stiller. Aber die masslose Bauerei ging leider weiter.

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Wer kennt es nicht. Schönste Täler werden und wurden in den letzten Jahrzehnten immer stärker zugebaut. In Zermatt, St. Moritz, Davos, Montana-Crans, Gstaad, Lugano, Grin-

delwald, in... wo auch immer in unseren Tourismusregionen, überall versuchten einige Einheimische an das grosse Geld heranzukommen. Diese «Geschäftlmacher» liessen bauen, bauen und nochmals bauen. Inzwischen gibt es Ferienorte, wo ganze Feriensiedlungen und Quartiere während langer Zeit im Jahr jeweils leer stehen. So darf es nicht mehr weitergehen.

Tourismus braucht Landschaft,

aber eine möglichst unversehrte Landschaft. Die vielen Touristen bereisen unser Land nicht wegen irgendwelchen Bauten. Sie wollen bei uns Landschaft pur geniessen. Und die Touristiker werben immer mit schönen Landschaften, nie aber mit den überbauten Teilen ihrer Ferienregionen. Das sagt eigentlich schon alles. Wir müssen aufhören mit dieser endlosen Betonorgie! Das ist ein ökologischer Unsinn. Man baut zu grosse Infrastrukturen aus, die effektiv wenig gebraucht werden. Dies kommt die Einheimischen teuer zu stehen. Denn mit den Häusern, die hingestellt werden, ist es nicht getan. Es müssen immer neue Strassen her, Kanalisationen werden gebaut, das Frischwasser muss fliessen, der Strom muss fliessen, der teure Winterdienst muss funktionieren,



So darf es nicht mehr weitergehen!

der öffentliche Verkehr wird in diesen halbleeren Quartieren ausgebaut, und, und, und... So verschwindet ständig mehr wertvolles Kulturland unter Beton. Und das in Bergregionen, wo das Kulturland sehr knapp ist.

Möglichst unversehrte und unverbaute Landschaften sind das Kapital unseres Tourismus!

Bauerei erhöht Mieten

Wenn der Zweitwohnungsanteil auf 20% begrenzt werden muss,

bedeutet das in vielen Regionen unseres Landes, dass es einen Baustopp gibt. Bestehende Wohnungen müssen aber nicht abgerissen werden, wenn es bereits mehr als 20% Zweitwohnungsanteil hat. Diese Wohnungen bleiben und sie dürfen auch weiter verkauft werden. Dies betrifft im Übrigen nicht nur die touristischen

Fortsetzung Seite 2



Allschwiler Wahlen:

SD-Einwohnerratsliste 9 wählen. Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die leeren Linien leer lassen!
In den Gemeinderat: Susanne Studer

Januar-Zeitung:

Leider haben nicht alle die Januar-Zeitung erhalten. Wir konnten den Fehler nicht eruieren. Man kann die Zeitung im Internet unter www.schweizer-demokraten.ch anschauen oder auf dem Zentralsekretariat nachbestellen. Danke!

Inhalt

- 3 Wir wollen keine fremden Richter
- 4 Aufbruchstimmung im SD-Zentralvorstand
- 6 Tiefpunkte des politischen Geschehens zum Jahresbeginn
- 7 Gibt es eine aktive Neutralität für die Schweiz?
- 8 SD-Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 14 Leserbriefe

Heimat retten!

Fortsetzung von Seite 1

Bergregionen. **Auch die Region Zürichsee oder Genf ist betroffen.** Man bedenke: Die Infrastrukturen müssen weitgehend von der Allgemeinheit mit Steuergeldern bezahlt werden. Denn die steuerlichen Einkünfte aus diesen Zweitwohnungen sind sehr klein. Und die heutigen Standortfaktoren bewirken, dass die **Bodenpreise immer höher** steigen – auch weil das vorhandene Bauland knapper und knapper wird. Es gibt aber auch **ausländische Bonzen, die bereit sind, jeden Preis für eine Zweitwohnung oder Villa zu bezahlen.** Und das wiederum hatte in den letzten Jahren zur Folge, dass die Mieten für Einheimische in die Höhe schnellten.

Einheimische finden in diesen Regionen (z.B. auch im Raum Zürich) kaum mehr Wohnungen zu bezahlbaren Mieten.

Ausländer bauen

Und nicht zuletzt sei die Frage gestellt: Wer baut denn diese Häuser? Was sind das für Arbeitsplätze? **Da werden Ausländer als Bauarbeiter angeschleppt.** Und man stellt auch hier fest, was in den letzten Jahren wegen des unseligen EU-Freizügigkeitsabkommens üblich wurde: Viele dieser Beschäftigten arbeiten zu Dumpinglöhnen. Manche von ihnen nehmen Tag für Tag den Weg über die Landesgrenze unter die Räder. Andere wiederum hausen in schäbigen Baracken, wo sie wie Sklaven gehalten werden. **Haupt-**



Verschandelung pur muss aufhören!

sache der Profit für die Baumeister stimmt. Verkürzt könnte man auch feststellen: Ausländer bauen für reiche Ausländer!

Das einheimische Gewerbe bekommt dabei kaum Aufträge. Die kommen immer seltener zum Zug. Ausländer beherrschen den Markt!

SVP will Heimat verbauen

Einmal mehr hat die SVP wieder ihr grosskapitalistisches, ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie lehnt die Volksinitiative ab. **Klar, die SVP-Baumeister und -Firmen wollen weiter viel Geld verdienen.** Das, also die Wirtschaft pur, hat für die SVP Vorrang. Da haben Begriffe wie Ausverkauf der Heimat, Schutz des Kulturlandes, Heimat retten usw. keinen Platz mehr. So wird dann die SVP sehr schnell zur Wirtschaftspartei. Wir erinnern uns nur zu gut, dass diese Partei

schon vor Jahren gegen unsere entsprechenden Referenden und gegen unsere Volksinitiative gegen den Ausverkauf der Heimat stimmte. Die SVP zeigt damit einmal mehr, dass all die Floskeln, wonach sie unsere Heimat liebt, für sie nur leere Worthüllen sind, mit denen man billigen Wahlkampf macht. Diese Partei täuscht ihre Wählerinnen und Wähler und gehört am 11. März mit einem kräftigen JA zur Volksinitiative abgestraft! **Und der SVP sei ins Stammbuch geschrieben: Wer für die unsägliche Weiterbauerei von Zweitwohnungen stimmt, ist auch dafür, dass noch mehr Ausländer ins Land kommen. Seien es die ausländischen Bauarbeiter oder die Superreichen, welche uns die schönsten Orte vor der Nase wegkaufen!**

Die SVP tritt mit ihrer Politik für noch mehr Ausländer ein.

Grünliberaler Etikettenschwindel

Was ist doch schon wieder diese Partei? Grün? Wir fragen uns, wie eine Partei, die in ihrem Namen den Begriff «grün» mit sich trägt, im Komitee gegen diese Initiative die Leitungsfunktion innehaben kann. **Da diese GLP jetzt also für die weitere Zubetonierung schönster Bergregionen stimmt, zeigt sie sich sehr unökologisch.** Wie lange werden das ihre Wähler noch mitmachen?

Aufruf zum JA stimmen

Wir stimmen über eine Ergänzung von Art. 74 unserer Bundesverfassung ab. Das heisst, dass darin nur die Grundsätze festgelegt sind. **Als politisch denkende Menschen wissen wir, dass in einer zweiten Phase noch die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden müssen.** Darin werden diese Verfassungsvorgaben weiter ausformuliert. Es gibt – wie in jedem Gesetz – Ausnahmen, Ergänzungen, detaillierte Beschreibungen und Festlegungen darüber, wie der Verfassungsgrundsatz im Detail anzuwenden ist. Wer unsere Baulobby und Economiesuisse kennt, weiss, dass die alles dafür tun werden, um auf Gesetzesebene den Verfassungsartikel noch etwas aufzuweichen. Niemand braucht deshalb Angst zu haben, dass diese Volksinitiative nur schwierig anwendbar wäre.

Legen wir also ohne Bedenken ein JA zur Volksinitiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen» in die Urnen. Und werben wir noch bei unseren Bekannten für dieses JA!

Steuerstreit mit den USA – wieder ein Kniefall?

Das Ziel der Amerikaner ist nicht etwa eine Globallösung, wie Bundesrätin Widmer-Schlumpf meint. Eher die Schrumpfung unseres Finanzplatzes zur Bedeutungslosigkeit, Bussen in zweistelliger Milliardenhöhe und eine amerikanische Machtdemonstration werden angestrebt. Dieser Kampf wird vom Ausland aufmerksam beobachtet. Wenn wir einmal mehr kuschen, setzen wir uns nicht nur einer Kaskade von weiteren Forderungen aus Amerika aus. Auch die EU wür-

de unverzüglich neue Begehrlichkeiten anmelden.

Dabei wäre Widerstand gegen die USA möglich: Wir verlangen von der OECD, dass die USA auf die schwarze Liste der Steuerparadiese gesetzt wird und zwar mit der Begründung, dass diese Organisation seinerzeit bekanntlich auch der Schweiz mit der schwarzen Liste gedroht hat. Im Interesse der Gleichbehandlung drängt sich eine solche Massnahme auch gegen die USA geradezu auf. Denn auf US-

Banken liegen gemäss einer Schätzung des Handelsministeriums in Washington 3,6 Billionen Dollar an ausländischem Vermögen, wohl geschützt durch das strikt gehandhabte amerikanische Bankgeheimnis. Selbstverständlich werden die USA nie und nimmer auf eine schwarze Liste gesetzt, weil sie das dank ihrer Macht zu verhindern wüssten. Dass die Schweiz die OECD-Standards übernommen hat, die USA sich um solche Standards foutiert, spielt offenbar keine

Rolle. Aber peinlich wäre die Angelegenheit allemal, sowohl für die USA als auch für die OECD.

Täglich werden wir mit neuen Drohungen aus den USA konfrontiert. So liess man uns wissen, eine Brigade von US-Staatsanwälten ermittle gegen unsere Banken. Warum fordern wir die USA nicht einfach auf, diese Brigade zuerst in ihren eigenen Steueroasen Delaware, Florida, Nevada und Wyoming einzusetzen?

Wenn wir uns nicht endlich gegen ausländische Angriffe zur Wehr setzen, werden die Belange unseres Landes bald einmal in Washington, Berlin, Paris und Brüssel entschieden.

Otto Weiersmüller, Utikon

Kriminelle Ausländer ausschaffen – rassistisch?

Wir wollen keine fremden Richter

Dieser Ausspruch, man könnte in der heutigen Zeit auch von Grundsatz sprechen, stammt aus dem Jahr 1370, ist also beinahe 650 Jahre alt.

Seit die Schweiz von unseren antischweizerischen «Möchtegern-Vögten» in Bern (gemeint sind Bundesrat und der Grossteil des Parlaments) in die EU gedrängt wird, ist offenbar nichts mehr so wie es einmal war – und es war meistens gut! Die Schweiz wird – ich behaupte das schon seit Jahrzehnten – von oben genannten Antischweizern in die EU gedrängt (auf «Neudeutsch» gepusht). Neuestes unrühmliches Beispiel ist, dass die Schweiz im Titel erwähnten Grundsatz immer mehr aufgibt und sich zum Spielball ausländischer Justiz macht.

Unsere Justiz wird vom EGMR gedemütigt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg hat jetzt bereits zum zweiten Mal unsere Gerichtsbarkeit desavouiert. Es handelt sich um folgenden Vorfall: Ein heute 31-jähriger Türke, der als 6-Jähriger mit seinen Eltern in die Schweiz gekommen ist, hat sich folgende Straftaten geleistet (aus der AZ vom 12.10.2011):

Seit 1994, also seinem 14. Altersjahr, ist er (wörtliches Zitat der AZ) «regelmässig mit dem Gesetz in Konflikt geraten». Innert 8 Jahren, also bis 2002 folgten (wörtlich die AZ) «mehrere Verurteilungen wegen Körperverletzung, Raub, Vermögens-, Strassenverkehrs- und anderer Delikte» (Ende Zitat). Man merke, er stand nicht einfach vor Gericht, sondern er ist rechtskräftig verurteilt worden! Dafür wurde er 2002 zu total dreizehneinhalb Monaten Gefängnis verurteilt. Nach seiner bedingten Entlassung im April 2003 ordneten die Neuenburger Ausländerbehörden seine



EGMR verhindert Ausschaffungen und missachtet hiesigen Volkswillen.

unbefristete Wegweisung aus der Schweiz an, was vom Bundesgericht 2004 bestätigt wurde. 2008 kam das EGMR auf eine erste Beschwerde dieses jugendlichen Verbrechers zum Schluss, dass die Schweiz damit sein Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens verletzt habe. Die Schweiz wurde verurteilt, ihm 3000 Euro Genugtuung und 4650 Euro für die Auslagen zu zahlen.

Das Bundesgericht folgte «brav» unseren ausländischen Vögten

und wandelte die lebenslängliche Landesverweisung in einen 10-jährigen Landesverweis um, gültig ab 2003. Dieser fremde Schnösel gelangte ein weiteres Mal an den EGMR und dieser gab dem Türken ein weiteres Mal recht! Die Schweiz wurde erneut verurteilt und muss dem Mann weitere 5000 Euro Genugtuung zahlen, weil das EGMR auch einen 10-jährigen Landesverweis als unverhältnismässig erachtete. Der EGMR hat die Delinquenz des Betroffenen als «Jugendsünden» betrachtet und dass er «offenbar Einsicht zeige». Ich möchte wissen, wo der EGMR

bei diesem Typen eine Einsicht sieht (der Schreibende). Insgesamt musste also die Schweiz bereits 12'650 Euro bezahlen, nur weil sie es wagte, diesen ganz offensichtlich unverbesserlichen Verbrecher nicht mit Samthandschuhen anzufassen, sondern ihn für unwürdig empfand, in der Schweiz zu wohnen. Man merke, als Ausländer darf man sich in der Schweiz offenbar jedes Verbrechen erlauben und **darf dann nicht einmal mehr ausgewiesen werden.**

Die übliche Ausrede unserer Medien, dass er halt den «Kulturwechsel» nicht geschafft hat, kann hier auch nicht geltend gemacht werden, denn er ist bereits seit seinem 6. Altersjahr in der Schweiz und hat seine ganze Schulzeit in der Schweiz absolviert, soweit man hier von «Schulzeit» sprechen kann, denn mit 14 Jahren, als seine Verbrecherkarriere begann, war er ja offiziell noch in der Schule.

Eine weitere Verurteilung der Schweiz

durch den EGMR hatte folgende Ursache: Die Genfer Behörden hatten 2006 die Auflösung des Haus-

besetzervereins «Rhino» beschlossen. Laut EGMR habe die Schweiz damit die Vereinigungsfreiheit verletzt und musste sage und schreibe fast 100'000 Franken (in Worten hunderttausend) Schaden- und Auslagenersatz zahlen. Da dieser Verein Rhino wohl kaum jemand bekannt sein dürfte (ich kannte denselben auch nicht) sei nur Folgendes erwähnt: Um die Hausbesetzung ging es nicht um irgendwelche Kleinigkeit, sondern um die Besetzung von zwei Liegenschaften in Genf von 1988 bis 2007. Diese «Herrschaften» konnten also sage und schreibe zwanzig Jahre (!) gratis und franko wohnen. Wenn es sich um 20 bis 30 Leute gehandelt hat, kann man sich selber ausrechnen, wieviel Geld diese Typen allein an Mietkosten gespart haben, natürlich auf Kosten des Hausbesitzers (ich nehme wenigstens an, dass diese Häuser irgendjemandem gehört haben). Ich muss mich leider immer nur wiederholen. Wenn die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs auch von solchen «Schlappschwänzen» (man verzeihe mir dieses Wort, aber anders kann man unsere heutigen Bundesräte wirklich nicht bezeichnen) regiert worden wäre, hätte sie diesen Krieg nie und nimmer in Freiheit und Unabhängigkeit überstanden.

Diese Bundesräte sind der Schweiz unwürdig

Unser Bundesrat muss sich nicht wundern, wenn die Schweiz nirgends in der Welt mehr ernst genommen wird. Seit Jahrzehnten machen sich unsere Bundesräte immer wieder lächerlich mit ihren unterwürfigen Bücklingen. Ich kann hier nicht im Detail auf alle diese Bücklinge eingehen, denn das gäbe wahrscheinlich ein Buch von mehreren hundert Seiten.

*Dr. Dragan Najman,
Grossrat, Baden*

Das Hindernis zur höchsten Zufriedenheit

Der unmittelbare Zusammenhang von zufriedenen Menschen und den zwischenmenschlichen Beziehungen verdient eine etwas nähere Betrachtung. Es gehört zu unserem grundelementarsten Bedürfnis, man kann auch sagen Naturtrieb, dass wir unsere Nächsten lieben und ihnen Gutes tun können. So gesehen, zähle ich mich auch zu den Zufriedenen, denn ich bin überglücklich verheiratet und habe zwei wunderbare Töchterchen.

Doch die höchste Zufriedenheit habe ich noch nicht erlangt, da ich erst dann richtig zufrieden sein kann, wenn es dem Hintersten und Letzten auf dieser Welt auch gut geht. Was kann ich als Einzelner mit meiner Familie dazu beitragen, um dieses hohe Ziel zu erreichen? Zuerst habe ich mich gefragt, warum denn diese Welt so im Argen liegt? Da bin ich auf eine internationale Verschwörerbande gestossen, welche sich zum Ziel ge-

setzt hat, die Welt zu beherrschen und die gesamte Menschheit zu versklaven. Sie sind es, die bis jetzt verhindert haben, dass jeder Mensch genug zu essen, Kleidung und ein Dach über dem Kopf hat. Sie haben sich sogar dazu verschworen, die gesamte Weltbevölkerung auf eine halbe Milliarde zu reduzieren, damit sie ihre Kontrolle besser ausüben können. Sie haben Mühe dies zu glauben? Dann lesen Sie doch die «Protokol-

le der Weisen von Zion» oder das Buch «Das Komitee der 300 – Die Hierarchie der Verschwörer» von Dr. John Coleman. Seit ich dies erfahren habe, sehe ich es als meine Aufgabe an, meine Mitmenschen über diese menschenverachtenden Pläne zu informieren und selber mit meiner Familie als gutes Beispiel voranzugehen.

Martin Bracher, Büsserach

Aufbruchstimmung im SD-Zentralvorstand

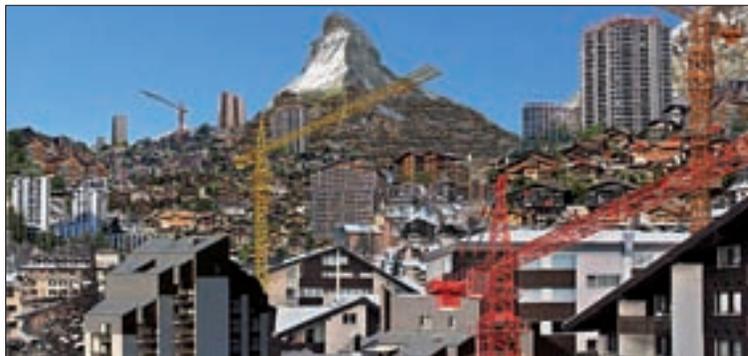
Mit Freude hat der Zentralvorstand von der tollen 9-köpfigen Einwohnerratsliste und der Gemeinderatskandidatur (Exekutive) in Allschwil (Baselland) Kenntnis genommen. Es wird erwartet, dass die SD bei diesen Wahlen Sitze hinzugewinnt. Zudem wurde auch wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass die SD Luzern in Horw und Emmen bei den Gemeindevahlen antritt. Ziel ist es, auch dort in den Gemeindegremien Fuss zu fassen. Zudem durfte der Zentralvorstand erfahren, dass die SD der Stadt Bern im Herbst mit einer eigenen Liste an den Stadtratswahlen teilnehmen will. Dies und die Tatsache, dass der Zürcher Kantonalvorstand mit neuen arbeitswilligen Leuten organisiert wird, liess eine Art Aufbruchstimmung im Zentralvorstand aufkommen. **Allgemein war der Eindruck in den Reihen des Zentralvorstandes, dass unsere Partei wieder etwas mehr an Fahrt gewinnt.** Denn zunehmend gelingt es uns, wieder neue Leute für unsere Arbeit zu begeistern.

Parolen der Schweizer Demokraten (SD)

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 11. März 2012 beschlossen:

JA zur Volksinitiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen»

Diese Parole wurde einstimmig beschlossen. Die Initiative wendet sich dagegen, dass schönste Berggebiete weiter verschandelt werden. Sie ist im Grunde genommen auch Ausdruck unseres langjährigen SD-Kampfes gegen den Ausverkauf der Heimat. Es geht darum, dass schönste Teile unseres Landes nicht weiter verbetoniert werden können. Von dieser Initiative profitiert auch unsere Tourismusbranche, die auf schöne und möglichst intakte Berggebiete angewiesen ist. Zudem verschwindet mit der uferlosen Bauerei auch zu viel Kulturland. Immer mehr werden Ortsbilder durch riesige Wohnbauten verschandelt. Negative Folgen dieser übermässigen Bauerei sind auch die steigenden Mietpreise für Einheimische. Diesen Entwicklungen gilt es, Einhalt zu gebieten.



Eine Bleichwüste von Genf bis Rorschach! Wollen wir das?

Nein zur «Bauspar-Initiative»

Die ablehnende Haltung obsiegte einstimmig bei zwei Enthaltungen. Hauptkritikpunkte sind: Es werden realistisch gesehen nur Leute mit Einkommen von mehr als 100'000 Franken steuerlich begünstigt. Für die überwiegende Zahl von Mieterinnen und Mietern wird demgegenüber nichts getan. Und auch bei dieser Vorlage gilt es festzuhalten, dass man die weitere Zubetonierung unseres Landes nicht noch fördern sollte.

Ja zur Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

Mit nur drei Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde diese Parole grossmehrheitlich beschlossen. Die Mehrheit ist der Meinung,

dass die Initiative wirtschaftlich verkraftbar ist. Sie wird denn auch etappenweise über viele Jahre hinweg eingeführt, was machbar ist. Der Druck, aber auch die Produktivität an den Arbeitsplätzen nimmt immer stärker zu. Das heisst auch, dass «die da oben» Gewinne abschöpfen – aber nicht die vielen arbeitenden Menschen! Besser als immer mehr teure Burnouts zu haben, ist daher die Möglichkeit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwas mehr Ferien zu geben.

Ja zum «Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke»

Diese Parole erfolgte einstimmig und diskussionslos.

Ja zum «Bundesgesetz über die Buchpreisbindung»

Bei dieser Vorlage, die grossmehrheitlich angenommen wurde, geht es vor allem um die Förderung und Erhaltung der kulturellen Vielfalt in unserem Lande. So wird es auch im SD-Parteiprogramm umschrieben. Ohne dieses Gesetz dominieren immer mehr internationale Buchverlage und Autoren den Markt und verdrängen viele Einheimische! Das Gesetz stützt alle Buchautorinnen und Buchautoren, welche viel Arbeit in ihre Werke investieren. Es braucht diese gesetzlichen Rahmenvorgaben auch, um die mittleren und kleineren Buchhandlungen vor dem Untergang zu schützen. Je mehr Buchhandlungen es gibt, umso vielfältiger ist das Buchangebot.



*SD-Zentralvorstand
(Februar 2012)*



Mehr Stress – weniger Personal – keine zusätzlichen Ferien!

Sammeln Sie Unterschriften für unsere SD-Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung».

Bestellen Sie Bogen auf unserem Zentralsekretariat und füllen Sie den Bogen auf der letzten Seite unserer Zeitung aus.

Es ist patriotische Pflicht von uns allen, unsere SD-Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung» aktiv zu unterstützen!

Retten wir unser Land mit der SD-Volksinitiative vor dem Untergang. Was haben Sie bisher für diese wichtige Initiative getan? Haben Sie nicht auch Freunde, Verwandte und Bekannte, die unterschreiben würden?

«Privatkonkurs» – Ausweg oder Schlupfloch?

Seit Einführung des Schuldenregulierungsverfahrens (Privatkonkurs) steigt die Zahl der Fälle trotz vieler Hürden kontinuierlich an. Inkassofirmen und Banken sind nicht begeistert.

Dem internationalen Trend folgend und der ständig steigenden Verschuldung der Privathaushalte entsprechend wurde vor einigen Jahren auch in Österreich die Möglichkeit für Privatpersonen eröffnet, ihre Zahlungsunfähigkeit zu erklären und im Rahmen eines sogenannten Schuldenregulierungsverfahrens (allgemein als Privatkonkurs bezeichnet) ihre Zahlungsverpflichtungen unter Kontrolle zu bekommen.

Im Allgemeinen wird aus einer unbezahlten Rechnung von 200 Euro schon innerhalb eines Jahres eine Zahlungsverpflichtung von 350 bis 500 Euro, weil Inkassospesen sowie Klags- und Exekutionskosten von Gericht bzw. Anwalt anfallen. Dazu kommt, dass in gerichtlichen Zahlungsbefehlen (exekutierbare Exekutionstitel auf Mahnklagen) und im Gefolge im Exekutionsverfahren ausserordentlich hohe Zinssätze Anwendung finden. Vor allem Banken und Versandhäuser verrechnen meistens zwischen 10 und 22 Prozent Zinsen pro Jahr auf das Kapital. Es geht also oft sehr schnell, wenn beispielsweise der Job verloren geht, einige Rechnungen für Handy, Versandhäuser, Versicherungen nicht bezahlt werden können, die Bank den Kredit für Wohnung oder Auto fällig stellt... Findet der Betroffene eine neue Arbeit, flattern der neuen Firma bald die Gehaltsexekutionen ins Haus. Wenn sich auch die Höhe der Abzüge nach Pfändungen wegen der niedrigen Einkommen und Sorgepflichten meist in Grenzen halten, so kündigen viele Firmen die verschuldeten Beschäftigten oft postwendend wieder und die Verschuldungsspirale dreht sich weiter. (Unpfändbar sind für eine Einzelperson etwas weniger als 700 Euro.) Auch das Arbeitsamt leistet seinen Beitrag zur Verschuldung: Für die Bekanntgabe der Höhe des Arbeitslosengeldes bzw. der Not-

standshilfe werden pro Fall 25 Euro verrechnet. Ein Notstandshilfebezieher mit 10 Exekutionen hat also nach dem (erfolglosen) Versuch sein Einkommen zu pfänden umgehend 250 Euro an zusätzlichen Schulden. Und natürlich bekommen die Anwälte der Betreiber für jeden Antrag, den sie bei Gericht stellen, auch Beträge in dieser Grössenordnung zugesprochen – oder auch weit höhere.

Wenn also für den Schuldner keine Aussicht mehr besteht, aufgrund seiner Vermögenssituation und seines zu erwartenden Einkommens seinen Verpflichtungen nachzukommen, kann er – und das ist auch sinnvoll – ein Schuldenregulierungsverfahren beantragen. Zuvor muss er allerdings nachweislich versuchen, sich selber mit den Gläubigern zu einigen. Zu diesem Zweck muss er allen Gläubigern realistische Vergleichsangebote machen. Allerdings sind die meisten Kandidaten für dieses Verfahren damit schon überfordert – oft fehlt ihnen auch der Überblick über ihre Schulden. Meist muss also eine Schuldnerberatungsstelle in Anspruch genommen werden, wo man derzeit schon mit einer Wartezeit von bis zu sechs Monaten rechnen muss. Scheitern die Bemühungen um aussergerichtlichen Ausgleich (was meistens der Fall ist), dann kann ein entsprechender Antrag beim zuständigen Bezirksgericht gestellt werden und das Gericht legt fest, was dem Schuldner zuzumuten ist. Im Allgemeinen kommt eine Quote zwischen 10 und 25 Prozent heraus. Diese muss dann im Verlauf von sieben Jahren im Zuge eines Abschöpfungsverfahrens bezahlt werden. Gelingt dies dem Schuldner nicht, ist der Privatkonkurs gescheitert. Schafft er es, so ist er nach sieben Jahren seine Schulden los.

Kürzlich haben Vertreter der Inkassobüros das Ansteigen der Privatkonkursfälle kritisiert und gemeint, viele würden ihre Zahlungsunfähigkeit bewusst herbeiführen oder vortäuschen und haben auf eine Erhöhung der Zugangshürden

gedrängt. Statt dessen wäre es aber sinnvoll, in Exekutionsverfahren Schranken gegen die Kostenexplosion einzuziehen. Etwa indem die Zinshöhe beschränkt und die Tarife für Kostenbestimmungen gesenkt würden. So bekommt ein Vertreter einer Rechtsanwaltskanzlei dafür, dass er im Schlepptau des Gerichtsvollziehers an Ort und Stelle erscheint und sich davon überzeugt, dass es nichts zu

pfänden gibt, im Falle eines mittleren Bankkredites ohne Weiteres an die 1000 Euro an Kosten zugesprochen. Keine Motivation für den Schuldner, sich um Zahlung zu bemühen...

Da man daran derzeit seitens der Justiz nichts zu ändern plant, kann man wenigstens bei den Privatkonkursen mit einer steigenden Konkunktur rechnen.

B.W. von K.

Ausländische Personalchefs

Bald in allen Firmen nehmen sie überhand – die Ausländer. Und sie drängen sich immer mehr in Führungspositionen. Ganz besonders die Deutschen. Nun haben sogar die Personalverbände festgestellt, dass bei Stellenbesetzungen und Beförderungen vermehrt Ausländer anstelle von Einheimischen genommen und bevorzugt werden. Es ist so, dass in den Personalbüros immer mehr Ausländer sitzen. Und die bevorzugen ihresgleichen.

Wir Schweizerinnen und Schweizer werden im eigenen Lande verdrängt!

Wundert uns das? Natürlich nicht, denn man hat ja mehrheitlich für die Personenfreizügigkeit mit der EU gestimmt. Und auch die Personalverbände und Gewerkschaften, die sich nun immer mehr beklagen, befürworteten die Bilateralen.



Personenfreizügigkeit – Fluch oder Segen?!

Jetzt werden wir von unserer eigenen Gier nach immer mehr Wachstum sprichwörtlich aufgefressen. Leid tun können uns die einheimischen Jungen. Sie werden es noch schwieriger haben als unsere ältere Generation. **Wir hoffen, dass die junge Generation aufsteht und sich diese Diskriminierung nicht mehr bieten lässt!**

SD-Redaktion

Ausländer als Experten

Überall hört und sieht man sie. Die ausländischen Experten. Sie wissen alles und jedes besser als wir Einheimischen. Sie kommentieren, bewerten und sind immer mehr tonangebend. **Ja es ist sogar so, dass sie dank ihrer Stellung in unserem Lande immer mehr bestimmen können. Und dies beunruhigt uns sehr.** Wo fehlt es denn? Weshalb sind nur Ausländer gut genug für unser Land und warum hat die einheimische Intelligenzia zunehmend Schwierigkeiten, sich ins rechte Licht und in Szene zu setzen? **Es läuft doch etwas falsch in unserem Bildungssystem.** Da sollten unsere Bundesratsparteien einmal ansetzen – diese FDP-, CVP-, BDP-, SVP- und SP-Schwaf-

ler! Unser Bildungssystem ist krank. In andern Ländern schaut man dafür, dass die Einheimischen eine gute Bildung erhalten und bevorzugt werden.

Haben Sie schon einmal darauf geachtet, wie es bei der Tagesschau oder allgemein beim Schweizer Fernsehen und den privaten Fernsehsendern zugeht, wenn sogenannte «Fachleute» etwas kommentieren, erklären oder dem Volk «beibringen» müssen: Es kommen meist Ausländer zum Zug. Wir Einheimischen werden immer mehr diskriminiert und in die Ecke gestellt.

SD-Redaktion

**Regst Du Dich über die vielen Ausländer im Land auf? – Dann musst Du etwas dagegen tun!
SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau.
Jetzt Unterschriften sammeln!**

Tiefpunkte des politischen Geschehens zum Jahresbeginn 2012



Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Gleich zu Jahresbeginn erhitzte die Geschichte um den **Direktor** der schweizerischen Nationalbank, des «schönen, edlen, stets gut gestylten» **Philipp Hildebrand** die Gemüter. Obschon die fragwürdigen, rufschädigenden Geschäfte des gut betuchten, international vernetzten Vertreters des Finanzplatzes Schweiz samt seinen Halbwahrheiten (Lügen) rasch klar wurden und zu seinem Rücktritt führten, schoss sich die ganze politische und mediale Links-Prominenz auf die «Briefträger» aus den Reihen der SVP ein.

Blocher hatte sich so korrekt wie überhaupt nur möglich verhalten und die belastenden Dokumente der damals noch amtierenden Bundespräsidentin M. Calmy-Rey im Beisein der Finanzchefin Widmer-Schlumpf zur Kenntnis gebracht. Sicher ist auch, dass Nationalrat Blocher und Kantonsrat Lei zu Unrecht verketzert werden.

Wer die Fakten öffentlich gemacht hat, ist beim Schreiben dieses Kommentars noch nicht geklärt. Sicher ist nur, dass auch der Bankrat eine wenig rühmliche Rolle gespielt hat.

Der nachträglich mit einem Heiligenschein geschmückte Hildebrand wird als verdienstvoller Banker verklärt. Vergessen sind die unsinnigen Milliardenbeträge, mit denen er den Dollar und den Euro stützen wollte und die sich definitiv mit mehreren 10 Milliarden Verlusten in der Bilanz unseres Landes niedergeschlagen haben.

Die Buchgewinne im letzten Jahr dank Höherbewertung der noch vorhandenen Goldvorräte und der Devisen der 2. Kategorie (Rubel, Real, Yen usw.) können über sein Versagen nicht hinwegtäuschen. Ohnehin scheint ihm der Dollar näher zu stehen als die eigene Währung – sonst hätte er doch wohl nicht gegen den Schweizer Franken spekuliert.

Während die SNB im Dezember 2007 noch 66 Milliarden Franken Eigenkapital auswies, waren es im Juli 2011 gerade noch 16 Milliar-

den Franken. Welch hervorragende Leistung des Chefbankers der Schweiz!

In der zweiten Monatshälfte im Januar verlor **das einst so stolze Frankreich die Bestnote – das Triple-A – in der Bewertung als starke Wirtschaftsnation.** Nach Frankreich wurden weitere Länder der Eurozone abgewertet; einzelne erreichten sogar Ramschstatus. Die «NZZ am Sonntag» vom 29. Januar 2012 schrieb zu dieser Entwicklung (Zitat):

Das Land sieht sich in seinen Grundfesten erschüttert. Frankreichs Wirtschaftsmodell stösst an seine Grenzen. Der Staat, der traditionell die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts abschöpft, zusätzliche Kredite aufnimmt und das Geld als gigantische Konsum- und wachstumsbefeuernde Umverteilungsmaschine wieder unter Volk bringt, muss sich drastisch einschränken.

Das Ausmass der Schulden und der Druck der Märkte lassen keine andere Wahl. Das Wirtschaftswachstum ist unter ein Prozent gerutscht. Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr auf über zehn Prozent steigen. Der Sozialstaat, auf den die Nation so stolz ist, bröckelt. Die Rente mit 60 Jahren ist abgeschafft, die 35-Stunden-Woche ausgehöhlt. Weitere Eingriffe sind unvermeidlich.

Damit verliert Frankreich auch seine hochgespielte Leaderstellung im Schatten (Verbund) von (mit) Deutschland in der EU. Was daraus resultieren wird, kann man nur befürchten. Jedenfalls sind die Rezepte Sarkozys wenig geeignet, um Frankreich vor einer veritablen Rezession zu schützen. Über 20 Prozent Mehrwertsteuer und das Ausaugen der noch vorhandenen reichen resp. gut verdienenden Kreise tragen nichts zur Ankurbelung des Konsums resp. zur Förderung innovativer Investitionstätigkeit bei.

Der Euro als Rohrkrepierer – zurück zu den Landeswährungen für stabilere Volkswirtschaften

Ende Monat verlor die traditionsreiche **Bank Wegelin in St. Gallen** ihre reputierte Existenz über einen Notverkauf wesentlicher Teile der Bank an die Raiffeisenbank. Der von den USA herkommende Tsunami liess ihr das Wasser bis zum Hals steigen und nur ein Notaus-



Opfer des US-Imperialismus – die Traditionsbank Wegelin.

stieg konnte sie noch retten. Was war passiert?

Einmal mehr haben sich unsere «US-Freunde» in extremer Weise der Erpressung schuldig gemacht, wobei weitere Banken im Visier der macht- und geldgierigen Vertreter des westlichen Hegemonial stehen. Wie schon von früheren Fällen bekannt (BSI, Marc Rich, Polanski), klagen politisch ambitionierte Staatsanwälte und Richter der dritten Garnitur Angestellte einer Schweizer Bank wegen Samariterdiensten an geschassten ex-UBS-Kunden und angeblicher Mithilfe zur Steuerhinterziehung resp. der Geldwäscherei an und bringen damit – wegen ihrer Verflechtungen – gleich die Bank in existenzielle Schwierigkeiten. **Um das Territorialprinzip kümmert sich niemand, wobei die Tätigkeiten in der Schweiz passiert sind und nach schweizerischem Recht nicht strafbar wären. Und einmal mehr lässt sich unsere Regierung diese «freundschaftliche» Behandlung gefallen.**

Es ist offensichtlich – der Angriff auf den Finanzplatz Schweiz ist jetzt in vollem Gange und unser Bundesrat gebärdet sich als ver-

ständnisvoller Freund (Doris Leuthard) respektive als kniefälliger Gehilfe (Widmer-Schlumpf) des imperialistischen Gegners von jenseits des «grossen Teiches».

Dahinter steht das verzweifelte Bemühen der Amerikaner, überall auf der Welt – wo noch reale Werte vorhanden sind – abzukassieren. Mit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Gewalt versucht dieses Land noch immer seine imperialistische Führungsrolle zu bewahren – die es in seinem Schuldensumpf und moralischen Morast längst verloren hat.

Das **WEF in Davos** geriet einmal mehr zum grossen Bla-Bla-Bla. Allerdings konnte ja nichts Substantielles herauskommen; zu viele Länder versuchen nur noch – schlecht getarnt – ihren eigenen Pelz trocken zu halten.

Die hoch verschuldeten Länder Griechenland (124,9% des BIP), Italien (116,7%), Belgien (101,2%), Portugal (84,6%), Irland (82,9%), Frankreich (82,5%), aber auch Deutschland mit 76,7% des Bruttoinlandsproduktes sind nur um den Preis weiterer Verschuldung in der Lage zur Rettung via Rettungsschirm von Madame Lagarde (sie will diesen mit weiteren Schweizer Beiträgen, versteht sich, auf 1000 Milliarden aufstocken!) etwas beizutragen.

Und die Verschuldung aller dieser Länder wächst täglich weiter. **Und jetzt soll auch noch die Schweiz erneut mitbezahlen**, wobei die feine Frau Leuthard bereits Verständnis für die Forderung Lagarde's ist-



Verschiedenste Aktivisten wollen den Globalismus überwinden. Hier die unkonventionelle Gruppierung «Femen» aus der Ukraine.

gnalisiert hat. Und auch die Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf scheint nicht geneigt zu sein, die schweizerischen Interessen wirkungsvoll zu verteidigen!

Ausserdem – was soll man von einem Staatenbund (EU) halten, in welchem sich fast alle Mitgliedsstaaten über die eigenen Vertragsklauseln (Lissabon- und Maastrecht-Vertrag) hinwegsetzen?

Das Problem der Arbeitslosigkeit wurde in Davos grosszügig ausgeklammert. Nun ja, es trifft ja weder die Spitzenpolitiker noch die boni-geschwängerten Wirtschaftsführer. Nach Präsident van Rompuy, von der EU könne man wenig oder nichts machen, da das Geld fehle. Wenn nach Prof. Antoniou Pissarides die Arbeitslosigkeit zum Beispiel in Spanien in diesem Jahr auf 25% ansteigen soll (bei 40% Jugendarbeitslosigkeit!), in Frankreich und Italien auf immerhin 10%, so wären Lösungsansätze dringend zu erarbeiten, wie in den einzelnen Volkswirtschaften mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können. Grundsätzliche Lösungen wären dringend und eine wirkliche Aufgabe des WEF, angesichts der Tatsache, dass jährlich 40 Mio. Menschen zusätzlich in den Ar-

beitsmarkt drängen, dieser aber schon jetzt für 200 Mio. Menschen keine Beschäftigung zu bieten hat. **Dabei muss man sich von der primitiven Vorstellung lösen, dieses Problem könne über verstärktes Wachstum der Wirtschaft gelöst werden.**

Zumindest im deutschsprachigen Raum wird peinlichst geschwiegen über die Angst – vor der zum Beispiel Barroso warnt – dass Bürgerkriege in Europa ausbrechen könnten, ja er warnte vor apokalyptischen Zuständen mit Militärputschen und meinte, dass in Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal die Demokratie sehr schnell der Vergangenheit angehören könnte.

Ein Krieg gegen den Iran wird immer wahrscheinlicher. Die USA und die EU-Staaten versuchen den Iran wirtschaftlich abzuwürgen.

Die Schweiz macht mit, lässt ihre Neutralitätsrechte verkümmern und missachtet ihren eigenen Verfassungsgrundsatz: «Frei nur bleibt wer seine Freiheit gebraucht.»

So wie die Amerikaner seinerzeit Saddam Husseins Irak verleumdete, so wird zurzeit der Gottesstaat Iran unter Ahmadinedschad

als nächstes Kriegsziel aufgebaut und zwar unter dem Vorwand, er wolle mit Israel gleichziehen und Atomwaffen entwickeln, um Israel auslöschen zu können.

Umsonst versichert der Iran, dass es ihm lediglich um die ihm vertraglich zustehende Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke gehe.

Vergessen sind die Ergebnisse der Untersuchungen der Inspektoren der internationalen Atomenergie-Agentur unter El Baradei, wonach keine Anhaltspunkte für eine Waffenentwicklung gefunden werden konnten.

Nicht gewürdigt wird die Tatsache, dass der Iran im Gegensatz zu Israel den Atomsperrevertrag unterzeichnet hat, wobei Letztere bekanntermassen rund 200 einsatzbereite Atomsprengköpfe besitzen und mehrere U-Boote, die mit Atomraketen bestückt werden können.

Negiert werden Tatsachen wie

- die Einkreisung des Iran durch Atommächte, die ihm teilweise gar nicht gut gesonnen sind;
- der von der CIA und dem Mossad seit Jahren geführte «geheime» Krieg mit Sabotageaktionen und gezielten Tötungen von Wissen-

schaftern und Politikern; – die Hochrüstung von Irans Gegnern durch die USA; gerade derzeit hat die USA die Lieferung von Militärgütern an die Golfstaaten im Werte von 100 Milliarden Dollar verkündet.

Sollte der Iran tatsächlich Atomwaffen entwickeln wollen, müsste dies unter den gegebenen Umständen als legitim bezeichnet werden. Jedenfalls macht sich Israel und die USA vielmehr des in Nürnberg definierten Verbrechens der Vorbereitung eines Angriffskrieges schuldig als der Gottesstaat Iran!

Was uns bleibt, ist zu beten, dass Gott den Mächtigen dieser Welt die Einsicht schenken möge, – dass Kriege keinen Weg aus dem Elend und den Schwierigkeiten der Völker öffnen können; – dass das 21. Jahrhundert nicht zu einer Fortsetzung der Katastrophen des 20. Jahrhunderts verkommen darf; – dass sich unser Bundesrat, unsere Parlamente den Mahnungen des Landesvaters Bruder Klaus erinnern und zu unserem eigenen Schutze adäquate politische, wirtschaftliche und militärische Massnahmen ergreifen müssen.

Gibt es eine aktive Neutralität für die Schweiz?

Ex-Bundesrätin Calmy-Rey plädierte für eine «aktive Neutralität», die zu Stellungnahmen bei Menschenrechtsverletzungen verpflichtet – wen immer es auch betreffen möge. Wenn sie deswegen vor allem von der SVP kritisiert wurde, tut man ihr Unrecht. Die Schweiz als Sitz des IKRK, als Depositarstaat der Menschenrechtskonventionen, darf es sich nicht leisten, das Spiel der legendären drei Affen (nichts hören, nichts sehen, nichts sagen) zu spielen. Sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit und ihre Respektabilität; und schliesslich auch die Selbstachtung.

Was die USA in den letzten 30 Jahren in den aktuellen Krisengebieten getan haben (Balkan, Afghanistan, Irak), was sie an Menschenrechtsverletzungen im Nahen Orient (tausendfaches Kidnapping in Palästina, gezielte Tötungen, Ruinierung der Infrastruktur und

der gesamten Lebensgrundlagen, Staatsterror gegen ein ganzes Volk, Raub von Land und Wasser usw.) zu verantworten haben, was sie an Verstössen gegen die Genfer Konventionen begangen haben:

- Vorbereitung von Angriffskriegen (seit Nürnberg ein todeswürdiges Verbrechen!)
- Entwicklung und Einsatz von Massenvernichtungswaffen atomarer, chemischer und bakteriologischer Natur; Erprobung von neuen Waffen im Grossversuch an Menschen (Strahlenwaffen, gentechnisch wirksame Waffen, usw.) kaltschnäuzig gemacht haben, darf – ja muss von der neutralen Schweiz immer wieder angesprochen werden. Nur so kann sich ein Unrechtsbewusstsein beim amerikanischen Volk und seinen Repräsentanten entwickeln.



Sollte dieser Prozess nicht in Gang kommen, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis auch der neutrale Kleinstaat Schweiz zwischen die Mühlsteine des Unrechtsstaates USA und seiner Vasallen geraten wird. Anzeichen hierfür sind schon heute via die unverschämten Forderungen Brüssels und deutscher Regierungsmitglieder zur Genüge da.

Das kraftvolle Eintreten für Recht und Gerechtigkeit und nicht die Akzeptierung des «Rechts des Stärkeren» ist schliesslich die einzige

erfolgsversprechende Aktivität der neutralen Schweiz.

Aus reinem Selbsterhaltungstrieb kann jedoch weder eine direkte – noch auch nur verbale – Konfrontation der Schweiz mit den USA oder den GB in Frage kommen.

Was wir jedoch immer wieder tun müssen, ist für Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit eintreten. Zusätzlich sind unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen möglichst universal auszubauen. Klumpenrisiken sind tunlichst abzubauen. Von unfairen Wirtschaftsbeziehungen sollten wir grundsätzlich Abstand nehmen – das ist sowohl den Bankenvertretern wie auch dem Grosshandel in das Stammbuch zu schreiben. Und vor allem:

Alle unsere Wirtschaftspartner sind gleichberechtigt zu behandeln!

SD-Redaktion

Globalisierer haben nichts begriffen – am 11. März 2012 ein kräftiges JA zur Buchpreisbindung – zum Schutz der Schweizer Volkswirtschaft

Zum Nachdenken – Anfangs 2012

Warum – so fragt man sich – liest man in unserer Presse kaum ein Wort über die gewaltigen Geldabzüge ausländischer Kapitaleigner von Schweizer Banken. Dies als Folge der hochgejubelten Abkommen der schweizerischen Finanzministerin mit Nachbarstaaten. **Nachdem diese Banken bereits «Reuegelder» in vierstelliger Millionenhöhe bezahlt haben, verloren diese reputierten «Vermögensverwalter» innert weniger Monate 600 Milliarden Franken, die ihre Kunden abzogen.** Da ist die Frage erlaubt: *Verlassen die Ratten das sinkende Schiff?*

Warum – so wundert man sich – werden in der Schweiz noch immer massenhaft Styroporplatten zu Wärmedämmverbundsystemen verbaut. Dies, trotzdem die deutsche Materialprüfungsanstalt Braunschweig diese Platten als **Brandbeschleuniger** abqualifiziert hat.

Warum – so staunt man – sind so viele Ungaren gesundheitlich angeschlagen. Nahezu 50% der an sich arbeitsfähigen Bevölkerung beziehen eine Invalidenrente. **Ob das vielleicht etwas zu tun hat mit der reichlich «grosszügigen Art» ungarischer Ärzte, ihre Kunden als arbeitsunfähig zu erklären?** Das im Schuldensumpf versinkende Land plant jetzt unter Präsident Viktor Orbán Massnahmen, die auch wieder viele Ungerechtigkeiten und damit Zündstoff gegen den inneren Frieden enthalten.

Warum – so zweifelt man – brauchen gewisse Vorkommnisse und Tatsachen so unendlich viel Zeit, bis die Wahrheit ans Tageslicht kommt?

– So etwa, dass der Gründer der Weltbank und des IWF – Harry Dexter White – der von einem geheimen Kongressausschuss der



Die Börse als Zentrum des längst fiktiven Geldsystems.

Beihilfe zur kommunistischen Spionage angeklagt worden war, kurz vor seinem Prozess nicht an einem Herzinfarkt starb, **sondern vergiftet wurde. War der Anlass hierzu wohl sein erklärter Wille, eine Weltwährung namens «Unitas» an Stelle des Dollars einzuführen?**

– So etwa, dass der Mord an Präsident Kennedy keineswegs einem verrückten Einzeltäter zuzuschreiben ist, sondern das Resultat eines Komplotts war. Dies, nachdem Kennedy seinen festen Willen bekundet hatte, **die FED unter staatliche Kontrolle zu zwingen.**

– So etwa, dass der «Unfalltod» des österreichischen Querdenker-Politikers Jörg Haider keineswegs dem (nicht getrunkenen) Alkohol zuzuschreiben ist. Es ist offenbar vielmehr das Werk **geheimdienstlicher Planung zur Beseitigung des Unbequemen.**

– So etwa, dass bis heute der plötzliche Tod von Yassir Arafat ungeklärt bleibt, respektive die Ursachen verschwiegen werden. Gewiss hatte sein – heute so bedauernd-

werter Gegenspieler – der seit fünf Jahren im Koma liegende israelische Präsident Ariel Sharon – vorausgesagt, **dass Arafat demnächst verschwinden müsse.**

Warum – so fragt man sich verzweifelt – verbreitet unsere Presse eine Aussage wie jene von Prof. Hans Hermann Hoppe (University of Nevada) nicht, die lautet:

Die Sozialsysteme der westlichen Wohlfahrtsstaaten steuern dem Zusammenbruch entgegen. Viele sind bereits am Ende und werden nur noch mit budgetpolitischen Tricks aufrechterhalten. Grosse Teile unseres Wohlstandes bestehen seit rund drei Jahrzehnten nur noch aus Schein und Illusion – konkret: Aus Kapitalverzehr. Die Pfeiler des vermeintlichen Reichtums stehen im schlammigen Grund eines riesigen Schuldenmeeres. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis diese Scheinwelt zusammenbricht. Die wenigen eingeweihten Personen, die die Ursache für diese Situation kennen, schweigen.

Zum Schlusse und zum Nachdenken noch zwei Hinweise:

Soeben haben sich die amerikanischen Truppen nach neun Jahren Krieg aus dem Irak zurückgezogen. Ein völlig unehrenhafter Krieg, der sie 4500 tote Soldaten, mehrere Zehntausend Verwundete und rund 1 Billion Dollar gekostet haben soll. Von den viel grösseren Verlusten des Iraks und seiner Bevölkerung spricht niemand.

Der Kongressabgeordnete Ron Paul betonte in einer Rede am 5. September 2003 u.a. (Zitat):

Die meisten Bürger verstehen die immense Bedeutung des Geldsystems nicht und die Politiker profitieren von ihrer Macht zur Geldschöpfung, weil sie damit den Wohlfahrtsstaat finanzieren und draussen in der Welt militärisch auftrumpfen können – und – wenn die Regierung die Geldeinheit beliebig vermehren kann, dann ist das identisch mit einem Geldfälscher, der illegal Geld druckt. Beides ist Diebstahl – und – das Drucken von Geld – und damit die Inflation – ist nichts anderes als eine finstere und bösartige Form der heimlichen Besteuerung – und schliesslich: Die Konjunkturzyklen, die Stagflation, die Rezessionen, Depressionen und Inflationen sind nicht das Ergebnis des Kapitalismus und gesunden Geldes, sondern die unmittelbare Folge des Papiergeldes und einer Zentralbank, welche nicht in der Lage ist, dieses Papiergeld zu handhaben.

Und: Seit 1970 sind sukzessive sämtliche Begrenzungen, mit deren Hilfe das Geschehen unter Kontrolle gehalten werden konnte, abgeschafft worden.

Dafür zahlen wir jetzt alle die Zeche!

Tino Giacomo

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck (Vorstandssitzung, Gäste sind stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstr. 221, Bern-Bethlehem. Postauto

Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort ca. 5 Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung: Höck im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr

(bei einem Feiertag eine Woche später).



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am 29. März ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.



Luzern-Innerschweiz: Höck im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mitt-

woch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof.

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr. Jetzt **neu im «Nelson Pub»** an der Bahnhofstrasse 14 in Liestal. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an: info@sd-marktplatz.ch

**Kanton Aargau**

Appell an alle Aargauerinnen und Aargauer

**JA zur Mundart im Kindergarten
– Nein zum Sprachenwirrwar!**

Am 18. Juli 2011 hat ein überparteiliches Komitee die aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» lanciert. Die Lancierung dieses Volksbegehrens wurde damit begründet, dass unsere Mundart und unsere Dialekte einen wichtigen Bestandteil unserer Kultur und Identität beinhalten. Kinder sollen im Umfeld des Kindergartens vor allem das soziale Verhalten erleben und stärken können. Dies ist – das frisst keine Geiss weg – am besten mit der Ausdrucksweise in unserer angestammten Muttersprache möglich – der Mundart. Es ist unsere Umgangssprache. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass eine gesunde Bindung zur Muttersprache – sprich Mundart – eine wichtige emotionale Stütze in der Entwicklung der Kinder ist.

Leider droht eine Generation heranzuwachsen, die zwar noch eine Art Schweizerdeutsch spricht, dies aber oft mit seltsam fremdsprachigen Ausdrücken – mit einem völlig verkümmerten Wortschatz. Der Kindergarten leistet einen wesentlichen Beitrag zur Integration. Deshalb bin ich der Ansicht, dass die Mundart auch als Sprache der Integration verstanden werden soll. Es gibt keine bessere Methode, sich erfolgreich zu integrieren und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu entwickeln. Unsere Mundart erlei-

det ohnehin durch den zunehmenden Gebrauch von Wörtern und Redewendungen aus dem anglo-amerikanischen Sprachraum Schaden mit unerfreulichen Konsequenzen für die Identitätswahrung der Einwohner. Dem Zerfall der Mundart im Kindergarten muss auch aus diesem Grund entgegengetreten werden. Wenn Sie, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger, den Erhalt der Mundart im Kindergarten unterstützen wollen, können Sie unter der Telefonnummer 079 332 70 71 Unterschriftenbogen bestellen. Für unsere Kinder und für die Wahrung unserer Identität! In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei den Menschen bedanken, welche das Volksbegehren bereits unterzeichnet haben!

*René Kunz, Grossrat, Präsident
SD Aargau, Reinach*

ein Herz

Juso und Linksautonome in Bettwil

«Bomben auf Bettwil!»

SD Aargau prüfen Strafanzeige gegen die Organisatoren der Demonstration.

Vermummte Juso und Linksautonome haben am 15. Januar 2012 in Bettwil gegen die Bettwiler Bevölkerung demonstriert und sie pauschal als «Nazis» beschimpft. Der Gipfel der Frechheit ist allerdings, dass Demonstranten «Bomben auf Bettwil» gerufen haben. Die SD Aargau erachten diese öffentlichen Rufe als Drohung gegen die Bettwiler Bevölkerung. Inakzeptabel ist auch, dass die Bettwiler Bevölkerung pauschal (gemeint ist na-

türlich auch der Gemeinderat) als «Nazis» bezeichnet werden.

Solche Aussagen der Jusos und Linksautonomen erachten die SD Aargau als diskriminierend und «Bomben auf Bettwil» als Einschüchterung und Drohung. Werden die Behörden solche «Straftäter» gerichtlich verfolgen? Andernfalls prüfen die SD Aargau eine Strafanzeige gegen die Anstifter dieser Demonstration.

*René Kunz, Grossrat,
Präsident SD Aargau, Reinach*

**Kanton Bern**

Dringliche Interpellation

**Wie kam die fehlerhafte
Interpellationsantwort in Sachen
Weyerlibad zustande?**

In seiner Antwort auf meine Interpellation «Gefährden Umbaupläne die Zukunft des beliebten Freibads «Weyerli» in seinem einzigartigen Charakter?» hat der Gemeinderat in einem wesentlichen, bzw. sogar entscheidenden Punkt eine Tatsachenbehauptung aufgestellt, die nicht stimmt. (Zitat: «In der Vergangenheit sind immer wieder erfolglos Versuche unternommen worden, das Becken abzudichten.») Diese Falschaussage ist keine Lappalie, da unter Umständen mit diesem Argument (sowie den Beanstandungen des Kantons betreffend Grundwasserverunreinigung durch das durchsickernde mit Javelwasser versetzte Weyerli-Wasser) das Ende des beliebten Weyerlis in seinem einzigartigen Charakter eingeleitet worden wäre.

Ich frage deshalb den Gemeinderat an:

1. Wie genau geriet diese Falschaussage in die Interpellationsantwort?
2. Da der Gemeinderat die Antwort verdankensweise zurückgezogen hat, verfügt er offenbar über keine gesicherten Fakten. Wie kann es passieren, dass eine solche Aussage dennoch in einer parlamentarischen Antwort auftaucht? (Fehlerhafte Informatio-

nen oder schlichtweg Mutmassungen ohne Grundlage?)

3. Falls die Fehlaussage von einer «unteren» Charge der Verwaltung zu verantworten ist, weshalb funktionierte die Qualitätskontrolle, sprich Verifizierung durch den Gemeinderat nicht?
4. Da die angegebenen Gründe für einen allfälligen Umbau des Weyerlis offenbar nicht stichhaltig sind: Gibt es weitere, bisher nicht genannte Gründe, weshalb der Gemeinderat einen solchen ins Auge fasst (zum Beispiel finanzielle Überlegungen)?
5. Wie sieht der Gemeinderat (der im Übrigen in seiner Antwort das Weyerli wie ich als «einzigartig und grundsätzlich erhaltenswert» bezeichnet) im Lichte der neuen Erkenntnisse die Zukunft dieses Juwels der bernischen Freizeitangebote? (eine Abdichtung des Bodens wäre technisch grundsätzlich möglich, wenn auch nicht gerade billig).
6. Stimmt mir der Gemeinderat zu, dass Antworten auf parlamentarische Vorstösse einen erhöhten offiziellen Charakter, beziehungsweise ein politisches Gewicht haben, der einen erhöhten Anspruch an die Sorgfalt und inhaltliche Richtigkeit stellt?

*Robert Meyer, Stadtrat,
Präsident SD Stadt Bern*

Mundart erhalten – der Mensch beginnt bei der Identität.



Kanton Zürich



Motion von Gemeinderat Christoph Spiess und Gemeinderat Patrick Blöchliger

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Gesamtrevision der Bau- und Zonenordnung (inkl. Zonenplan) zu unterbreiten. Ziele der Revision sollen namentlich eine Stabilisierung der Einwohnerzahl bei zirka 400'000 und die langfristige Sicherung der noch vorhandenen Grün- und Landwirtschaftsflächen sein.

Begründung

Die letzte ordentliche Revision der Bau- und Zonenordnung erfolgte 1992. Die hernach vorgenommenen Änderungen beruhten im Wesentlichen auf Eingriffen des Kantons und auf Rechtsmittelverfahren. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt nun, dass die in der BZO enthaltenen Ausnutzungsreserven viel zu gross sind. Aufgrund des anhaltenden Zuwanderungsdrucks und des nach wie vor weit verbreiteten Glaubens an ein immerwährendes «Wachstum» nimmt die Einwohnerzahl rasant zu. Die zunehmende Dichte der Raumnutzung verursacht bei immer mehr Menschen Dauerstress und ein permanentes «Engegefühl». Das Verkehrssystem ist bereits überlastet, und dessen Ausbau ist ohne radikale, das Stadtbild in einem übersetzten Tempo verändernde und damit das Wohlbefinden der Zürcherinnen und Zürcher stark beeinträchtigende Eingriffe nur noch sehr begrenzt möglich.



Wie stark kann (soll) Zürich noch wachsen?!

Immer öfter werden ganze Siedlungen mit bezahlbarem Wohnraum vorzeitig abgebrochen und mit möglichst grossen, dichtgedrängten und oft auch dementsprechend hässlichen «Klötzen» ersetzt, wobei gleichzeitig das Wohnen immer teurer wird. Die zunehmende Übernutzung des städtischen Raums bewirkt ausserdem einen wachsenden Druck auf die Naherholungsgebiete. Nach und nach werden die letzten grünen «Oasen» im Siedlungsgebiet dem Wachstumsglauben geopfert. Die Durchführung einer BZO-Gesamtrevision nimmt erfahrungsgemäss etliche Jahre in Anspruch. Es ist jetzt an der Zeit, sie in Angriff zu nehmen, damit die Stadt ihre Zukunft noch aktiv steuern kann und nicht definitiv zum Spielball einer falschen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung wird.

wasser produziert, welches gereinigt werden muss oder sollte. Doch da macht die Natur nicht mit, unterbelastete Abwasserreinigungsanlagen können nicht richtig funktionieren und bei schnell einsetzenden Belastungen sind diese überfordert, die Folge in beiden Fällen; schlechte Reinigung des Abwassers. Die Ursache liegt darin, dass sich die mikrobiologischen Prozesse nicht so schnell anpassen können. «Tempi passati», sagt sich hier die Natur, wäre dies nicht auch bei der gegenwärtigen epidemischen Verbetonierung unserer schönen Landschaft und den Berggebieten angebracht?

Die Landschaft ist ein zu kostbares Gut, um von Spekulanten mit Fremd- und oftmals Schwarzgeld zerstört zu werden. Der Wert des Bodens wird nicht durch Beton und Zweitwohnungen gefördert, sondern verunstaltet und zerstört die natürlichen Ressourcen. Es sollte eigentlich allen bewusst sein, wir haben keine zweite Schweiz im Keller, es geht um die Zukunft unserer Nachfahren, deshalb sage ich Ja, es ist genug, jetzt ist **Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen.**

Marcel Stutz, Gemeinderat, Winterthur

Neustart SD Kanton Zürich

In Zürich fand Anfang Februar eine kantonale Parteiversammlung statt. Gemeinderat Christoph Spiess begrüsst die Anwesenden und führte sie durch die Versammlung. Da die kantonalen Aktivitäten leider in letzter Zeit «sanft eingeschlafen» sind, **hat man sich entschieden, unserer kantonalen Partei wieder kräftig Leben einzuhauchen!** Zuerst wurden die neuen kantonalen Statuten diskutiert und anschliessend einstimmig genehmigt. Damit hat die grösste SD-Kantonalpartei wieder moderne Leitlinien, die vorgeben, wie die SD organisiert ist. **Zudem bekommen die Mitglieder mehr Rechte und Möglichkeiten, an Versammlungen teilzunehmen.** Selbst aktiv mitzubestimmen, ist entscheidend für die Parteimitglieder. Wir wollen der Demokratie in unserer Partei noch mehr Raum geben, wie es SD-Zentralpräsident Rudolf Keller an der Versammlung formulierte.

fehlen. So hat er nun als aktiver, engagierter junger Mann seinen Platz bei den SD gefunden.

Vizepräsident wurde Walter Wobmann (Zürich). Kassier ist Anton Mathyer (Andelfingen). Weiter gehören dem Kantonalvorstand Roland Wahl (Urdorf), Gemeinderat Christoph Spiess (Zürich), Gemeinderat Marcel Stutz (Winterthur), Gemeinderat Patrick Blöchliger (Zürich), Gemeinderat Werner Kessler (Uster) und ex-Gemeinderat Christian Wenger (Zürich) an. Diesem neuen Team obliegt es, unsere SD-Politik im Kanton Zürich weiter voranzutreiben. Roger Meuli und Marlis Graf wurden als Revisoren gewählt.

Mit diesem neuen Kantonalvorstand wird es gelingen, wieder den Aufstieg zu schaffen. Der Aufschwung beginnt im Kopf! Nach diesem Motto soll es auch im Kanton Zürich für unsere Partei wieder aufwärts gehen, denn manch andere Partei schwächelt momentan. Davon müssen und werden wir als patriotische Kraft profitieren. Die Anwesenden waren sich einig, dass nun der Neuanfang für die Schweizer Demokraten des Kantons Zürich begonnen hat.

Anschliessend an die Wahlgeschäfte wurden auch die Parolen für die kantonalen Abstimmungen vom 11. März 2012 diskutiert und beschlossen:

**Ja zum Bürgerrechtsgesetz
Ja zum Gegenvorschlag
Stichfrage: Ja zum Gegenvorschlag**

SD Kanton Zürich

Zerstörte Berggebiete und kalte Betten

Nicht nur in Seen, Gotzenwil und im Dättnau wehrt sich die Bevölkerung gegen die Zerstörung der natürlichen Landschaft. Die einheimische Bevölkerung aus vorwiegend Tourismusgebieten der Kantone Bern, Graubünden, Jura, Waadt und Wallis weiss, zu welchen neokolonialistischen Zuständen der freie Handel des Bodens führt. Der Zweitwohnungsbau in diesen Gebieten boomt. Wie eine Besessenheit wird überbaut, betoniert und asphaltiert, idyllische Dörfer verschwinden von Tag zu Tag, sie werden verstädert. Nicht nur die Natur mit ihren Schönheiten, auch die Tierwelt wird ver-

drängt und die einheimische Bevölkerung dazu. Die Bodenpreise werden durch Spekulanten und Gutbetuchte in die Höhe getrieben und somit steigen auch die Mietzinse für Einheimische und Hoteltouristen, wobei diese dann ausbleiben. Wenn es gut geht, werden die Zweitwohnungen nur rund 50 Tage im Jahr bewohnt. Die Infrastrukturen müssen jedoch so gebaut werden, wie wenn alles bewohnt ist. Um Weihnachten und Neujahr gehen dann die Lichter an und die Fensterläden auf. Damit Strom und Wasser fliessen kann, braucht es entsprechend dimensionierte Leitungen, auch wird Ab-



Andreas Stahel, Jahrgang 1978, Kaufmann, aus Wädenswil, wurde zum neuen Kantonalpräsidenten gewählt.

Andreas Stahel war seit vielen Jahren SD-Mitglied, zügelte dann in den Kanton Graubünden, wo er mangels einer SD-Sektion zur SVP übertrat. Doch dann wurde ihm klar, dass sein Platz bei den SD ist. Denn er vertritt neben einer nationalen und konservativen Politik auch eine fortschrittliche Umweltpolitik zum Schutze und Erhalt unserer Heimat. Und eine soziale politische Komponente darf bei ihm nicht

Votum von Gemeinderat Christoph Spiess: NEIN zum Gestaltungsplan für den ZKB-Hauptsitz an der Bahnhofstrasse

(Sinn gemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums)

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Erlauben Sie mir, noch auf ein paar weitere, in der Debatte bis jetzt nicht angesprochene kritische Punkte hinzuweisen.

Gestaltungspläne sind ein Sonderinstrument des Baurechts, das nur ausnahmsweise angewendet werden soll. Setzen wir dieses Instrument häufiger ein, so gehen wir von einer für alle geltende Bauordnung immer mehr zu einem Baurecht à la carte über, bei dem sich potente Bauherren herauspicken können, was sie gerade möchten. Wir haben es an der Bahnhofstrasse mit einer sehr dicht bebauten und absolut zentralen Lage zu tun. Hier ist das Stadtbild auf alle grösseren Veränderungen sehr empfindlich. In der Umgebung herrschen ältere Gebäude vor, die in der Regel nicht höher sind als 20 Meter.

Wenn gelobt wird, dass 150 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, muss man sich auch die Frage stellen: «Für wen eigentlich?». Überall wird gejammert, es gebe zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte. Also ist es doch weder nötig noch sinnvoll, noch mehr Arbeitsplätze für Menschen zu bauen, die gar nicht da sind, sondern von irgendwoher geholt werden müssen. So gibt es nur



noch mehr Überbevölkerung und noch mehr Probleme mit den überbordenden Pendlerströmen. Was uns an dieser Vorlage stört, steht sodann in

Art. 7 Abs. 2 der Vorschriften zum Gestaltungsplan. Da will man doch tatsächlich an dieser äusserst empfindlichen Lage ein Hochhaus erlauben! Das wäre wie eine Faust aufs Auge. Problematisch ist auch, dass das ganze Areal mit unterirdischen Bauten überzogen werden kann. Schauen Sie einmal auf die Katasterpläne: Bis weit in die Quartiere hinaus überall schraffierte Flächen in den Innenhöfen, das heisst dort ist alles unterirdisch überbaut mit Tiefgaragen usw. Hier an der Bahnhofstrasse wären es vielleicht Tresorräume, aber das macht die Sache auch nicht besser. Die flächendeckende Versiegelung des Bodens wird längerfristig den ganzen Grundwasserhaushalt durcheinander bringen. Dagegen ist mit ein paar «Versickerungslöchli» nicht viel auszurichten. Auch aus diesem Grund lehnen wir Schweizer Demokraten den Gestaltungsplan ab.

Der Gestaltungsplan wurde mit 102 Stimmen gegen 18 Stimmen (SD, AL, Mehrheit der Grünen und 1 CVP-Vertreter) angenommen.

Votum von Gemeinderat Christoph Spiess: Mehr Platz für den Langsamverkehr beim Hauptbahnhof?

(Sinn gemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums)

Herr Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen

Wir haben die Dringlicherklärung der Motion von SP, GP und GLP unterstützt, weil die Sache keinen Sinn mehr macht, wenn wir erst in drei Jahren darüber diskutieren. Auch ist das Ziel der Motion an sich gut und in unserem Sinne. Nur müssen wir einmal mehr darauf hinweisen, dass es hierzulande immer mehr Leute gibt, aber nicht mehr Platz! Das Problem liegt nicht darin, dass vielleicht ein paar Parkplätze aufgehoben werden. Was aber bleiben muss, sind die Taxistandplätze. Taxis braucht es einfach am Hauptbahnhof, und diese müssen auch zu- und wegfahren können. Heikel ist in einer solchen

Mischzone für den Langsamverkehr bzw. Begegnungszone auch das Nebeneinander von Veloverkehr und Fussgängern. Man muss in dieser Stadt heutzutage als Fussgänger ständig befürchten, von rücksichtslosen Velofahrern über den Haufen gefahren zu werden. Wir meinen wie die Kollegen von der EVP, dass eine Motion hier nicht das taugliche Instrument ist, und bitten die Motionäre, ihren Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, dem wir zustimmen können. Bleibt die Motion als solche bestehen, werden wir Schweizer Demokraten uns der Stimme enthalten.

Die Motionäre hielten an der Motion form fest. Die Motion wurde mit 68 Stimmen (SP, GP, GLP, AL) gegen 49 Stimmen (SVP, FdP, CVP, EVP) bei 2 Enthaltungen (SD) überwiesen.

SD: Ja zum Strichplatz Depotweg

Der Vorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat für den städtischen Urnengang vom 11. März 2012 die folgende Empfehlung beschlossen:

Projekt Strichplatz Depotweg Ja

Wie in allen Grosstädten der Welt ist die Strassenprostitution auch in Zürich eine Tatsache, die nicht ein-

fach aus der Welt zu schaffen ist. Mit dem geplanten Strichplatz soll der Strassenstrich an eine periphere Lage abseits von Wohngebieten verschoben werden. Trotz gewisser Bedenken ist der Parteivorstand der SD zum Schluss gelangt, dass dies versucht werden soll, um die Strassenprostitution vom Sihlquai wegzubringen, wo sie viel stärker stört.



Kanton Luzern



Einladung zur 48. Generalversammlung der SD Sektion Luzern/Waldstätte

am Donnerstag, 22. März 2012, 19.00 Uhr

Wirtschaft zum Schützenhaus, Rüstkammer, Horwerstrasse 93, 6005 Luzern, Bus 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Allmend. Für Automobilisten: Parkplätze sind genügend vorhanden
Der Vorstand hofft auf ein zahlreiches Erscheinen und freut sich auf

angeregte Diskussionen und ein anschliessendes gemütliches Beisammensein. Auch Ihre Angehörigen, Freunde und Bekannte, sind zu diesem Anlass herzlich eingeladen! Die Sektion offeriert den Anwesenden während der Generalversammlung einen Imbiss.



Kanton Baselland



Gemeindewahlen Allschwil

Die Schweizer Demokraten Allschwil beteiligen sich an den Gemeindewahlen vom 11. März 2012 in Allschwil. Für den Einwohnerrat kandidieren neun Personen, davon vier Frauen. Für den Gemeinderat kandidiert unsere langjährige Einwohnerrätin und alt Einwohnerpräsidentin 2007/2008 Susanne Studer.

Unser Wahlmotto lautet: **«Die Politik ist ein Puzzle. Alle Teile müssen passen!»**

– Josua M. Studer, polyvalenter Fahrdienstangestellter BVB, 1963, bisher
– Susanne Studer, Wagenführerin BVB, 1961, bisher

– Thomas Meier, kaufm. Angestellter, 1960
– Maya Meisel, Security Johnson Controls, 1980
– Bruno Weiler, Chauffeur BLT, 1954
– Annette Tschierschke, Wagenführerin BVB, 1957
– Franz Zablonier, Hausmann, 1967
– Ursula Schlecht, selbstständige Therapeutin, 1957
– Oliver Knecht, Wagenführer BVB, 1969

Josua M. Studer, Einwohnerrat, Präsident SD Kanton Baselland, Allschwil

Alter Wein in neuen Schläuchen

Die SVP-Allschwil ist eingeschlafen. Sie hat seit Längerem keine Vorstösse mehr im Einwohnerrat eingereicht und Parteienberichte liest man selten im AWB. Sie hatte nicht einmal neue Ideen im Köcher für den jetzigen Wahlflyer. Sie verwendet dasselbe Layout und Sprüche wie vor vier Jahren. Auf

der letzten Seite prangert die Aussage: «Jetzt erscht rächt SVP... wills Veränderige bruucht!»
Wo bleibt die Veränderung, wenn alter Wein in «neuen» Schläuchen fliesst?

Susanne Studer, Einwohnerrätin, Gemeinderatskandidatin, Allschwil

Die Politik ist ein Puzzle.
Hier sind unsere Teile für das Ganze.



*oben v.l. Josua M. Studer bisher, Susanne Studer bisher
 mitte v.l. Thomas Meier, Maya Meisel, Bruno Weiler
 unten v.l. Annette Tschierschke, Franz Zablonier, Ursula Schlecht, Oliver Knecht*

**Das entscheidende Puzzleteil
 für den Gemeinderat !
 Susanne Studer**

Einwohnerrätin und Einwohnerpräsidentin 07/08



Schweizer Demokraten Liste 9



RSR, Forum et frontaliers

Un vrai scandale

La Radio suisse romande a failli à sa mission lors de l'émission Forum du 15 février. Nous demandons un débat contradictoire entre le MCG et le président des frontaliers pour rétablir la vérité.

Le MCG, deuxième force politique du canton de Genève, avec une centaine d'élus, dont 17 députés, un magistrat et un conseiller national, dérange et c'est tant mieux. L'activité et l'activisme du président du MCG Eric Stauffer, membre du Conseil d'administration des HUG, n'est de loin pas étranger au revirement spectaculaire de la politique d'engagement des frontaliers aux Hôpitaux universitaires de Genève.

Le MCG salue le revirement du PLR qui enfin admet que la priorité de l'emploi doit être réservée aux résidents. A la différence de la conseillère nationale Isabelle Moret, qui, lors de l'émission de Forum du mercredi 15 février, n'a parlé que de la préférence des Suisses, le

MCG répète qu'il est opposé à toute forme de discrimination. Et que le Mouvement Citoyens Genevois parle de priorité de résidence, ne faisant aucune différence avec un résident italien, espagnol, français. Le MCG veut assurer la priorité de l'engagement aux résidents. La RSR ou RTS a choisi de faire un débat contradictoire sans la présence d'un représentant du Mouvement Citoyens Genevois. C'est un choix délibéré qui porte atteinte aux débats pluriels et/ou démocratiques.

Une radio d'Etat qui écarte le MCG?

En ostracisant la deuxième force politique du canton, la Radio suisse romande pratique la discrimination de manière intolérable pour une radio d'Etat, dont la règle devrait être l'impartialité. Devons-nous supputer que la radio d'Etat est à la botte du pouvoir en place?

Le cinéma de M. Charrat, président du Groupement des frontaliers, ne



fait plus illusion à Genève. Les mensonges de ce dernier sur l'antenne de la Radio romande sont dénoncés avec virulence par le MCG. Par conséquent, le MCG demande à la Radio romande d'organiser un débat entre le conseiller national MCG Mauro Poggia ou le président

du MCG et M. Charrat, afin de rétablir la vérité sur les mensonges qu'a exprimés ce dernier lors de l'émission Forum.

*François Baertschi, secrétaire général du MCG, Genève
Eric Stauffer, président du MCG, Onex*

L'affaire Saint-Georges, l'affaire de trop

Le Conseil d'Etat doit réagir et demander la démission de Mark Muller

L'affaire, que vient de révéler «20 minutes» – sous le titre «Amis de Mark Muller engraisés par l'Etat» – est intolérable.

L'Etat va louer à une société de M. Thierry Barbier-Muller, qui a soutenu la campagne électorale du conseiller d'Etat PLR, un immeuble de 7 étages pour 52 millions de francs sur 10 ans, selon le journal qui parle d'un bail de 15 ans résiliable après 10 ans. Nous apprenons également que ces bureaux seront loués à 600 francs le mètre carré, alors que le prix pour le bâtiment rénové tout proche qui abrite la police judiciaire est moitié moins élevé à 300 francs le mètre carré. Assez!

Nous sommes scandalisés d'apprendre que les contribuables auront à payer des sommes pareilles et que l'Etat aurait pu acheter l'immeuble du boulevard Saint-Georges pour y loger le DCTI de Mark Muller. Assez!

Une fois de plus, le conseiller

d'Etat n'est pas capable de reconnaître ses fautes et ne comprend pas la gravité de sa situation personnelle. Il confirme à la presse que c'est «une bonne affaire» et qu'il entretient des liens privilégiés avec la société qui loue l'immeuble à prix d'or. Assez!

C'est une affaire, une de plus! Cela démontre que Mark Muller n'est plus à même de gérer certains dossiers: après le Moulin à Danse, l'immeuble du boulevard Saint-Georges loué à prix d'or en une période difficile pour les finances publiques. Assez!

Le PLR serait bien avisé de pousser son conseiller d'Etat à la démission. Certes, il perdrait un siège mais il peut encore en sauver un pour la prochaine élection, s'il veut éviter un naufrage annoncé.

*Eric Stauffer, président du MCG, Onex
Carlos Medeiros, vice-président du MCG, Genève*

Carouge et les parachutes dorés

Le MCG fait recours pour que soit respecté le peuple et le droit au référendum

Le Mouvement Citoyens Genevois dépose un recours auprès de la Chambre administrative de la Cour de justice. Le Conseil municipal carougeois veut empêcher les électeurs de se prononcer sur les «parachutes dorés» accordés aux Conseillers administratifs non réélus.

Le référendum contre les parachutes dorés, lancé par le MCG, avait obtenu plus de 1700 signatures en novembre 2011. Les électeurs de Carouge ont ainsi clairement exprimé qu'ils voulaient voter sur ces 73'100 francs offerts à deux conseillers administratifs non réélus.

Par un tour de passe-passe, les radicaux et libéraux carougeois ont déposé une résolution en janvier 2012, demandant le retrait temporaire de ces parachutes dorés et

l'annulation du référendum. Ce texte a ainsi été voté par une majorité du Conseil municipal qui prive les électeurs d'une votation sur la question.

Les habitants de Carouge ne peuvent tolérer pareils procédés, qui seraient la destruction du droit de référendum, un droit qui fait partie intégrante de nos institutions.

Une fois le référendum abouti, la seule autorité qui peut l'annuler, c'est le corps électoral.

C'est pourquoi le MCG et des électeurs carougeois ont déposé, mercredi 25 janvier, un recours auprès de la Chambre administrative de la Cour de justice.

*Eric Stauffer, président du MCG, Onex
Soli Pardo, membre du Bureau directeur du MCG, Genève*

Leserbriefe

**Aggressionen kontern
anstatt kuschen**

Der unglückselige Hans-Rudolf Merz machte in seiner Zeit als Bundespräsident vor dem Ausland eine Reihe von peniblen Kniefällen. Damit forderte er weitere Angriffe auf unser Land geradezu heraus. Diese Angriffe wären an sich leicht zu parieren, wären da nicht gewisse Bundesräte und Parlamentarier auf der Seite der Aggressoren.

Das Antikorruptionsorgan des Europarats GRECO beklagt die mangelnde Transparenz bei der Parteienfinanzierung in der Schweiz und droht mit einer schwarzen Liste. Die richtige Antwort wäre ein Austritt aus diesem Gremium, denn als souveräner Staat bestimmen wir, was hierzulande rechtens ist. Das EU-Parlament bezweifelt die Rechtmässigkeit der kürzlich mit England und Deutschland abgeschlossenen Steuerabkommen. Warum legt man dem Europarat nicht nahe, sich um die Schuldenkrise, die serbelnde EU-Wirtschaft sowie die Einhaltung des Maastricht-Vertrages und des Schengener-Abkommens zu kümmern?

Bald werden die USA wieder neue

Forderungen zum Bankgeheimnis stellen.

Warum weist man die USA nicht darauf hin, dass ihr Kampf gegen unser Bankgeheimnis heuchlerisch und hinterhältig ist. Grund: Sie praktizieren ja selber ein striktes Bankgeheimnis für ausländische Kunden.

Die OECD hat der Schweiz wegen des Bankgeheimnisses ebenfalls mit einer schwarzen Liste gedroht. Man hätte die OECD auffordern sollen, in Sachen Bankgeheimnis mit gleichen Massstäben gleichzeitig gegen die USA und England vorzugehen. Und als Reaktion auf die Drohung aus dieser Organisation austreten.

Der EU-Botschafter Michael Reiterer will mit der Schweiz ein «ernstes Wort» reden. Wir sollen EU-Gesetze übernehmen und uns einem EU-Gericht unterstellen. Warum wird dem Herrn Botschafter nicht erklärt, dass die EU nur noch in den Köpfen hoffnungsloser Optimisten eine Erfolgsstory ist und wir deshalb unsere Gesetze lieber selber machen.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Sie können das besser!

Der charmante Fernsehspot einer gesundheitsapostolischen Bundeseinrichtung präsentierte eine füllige Frau mit Zigarette in der einen und Pizza in der anderen Hand. Der Ansager vermeldete sogleich in mahndem Unterton: «Sie können das besser!» Der Zuschauer wählte sich dabei ins frühe, vergangene Jahrhundert zurückversetzt, als im Zirkus die «Dame ohne Unterleib» und «Liliputaner» vorgeführt wurden.

Spitäler verweisen bereits Tabakkonsumenten bei Minusgraden zynisch «ins Freie», obwohl sich Personen mit Infusionsleitungen nicht adäquat für die Kälte einkleiden können. Wird die nachfolgende Lungenentzündung durch das Klinikum ebenso zuvorkommend behandelt wie der rauchende Patient, dürfen Betroffene anstelle einer Heilstätte gleich den Friedhof aufsuchen. In absehbarer Zukunft könnten auch Automobilisten,

Kirchgänger, Fleischkonsumenten und andere «Nicht-Umdeknwillige» vergleichbare Liebeshwürdigkeiten erfahren.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist grossmehrerlich jenes Lager von Beamten und Politikern, deren xenophile Herzen unermüdet für Toleranz und Menschlichkeit zu pochen vorgeben. Doch der Geist ihres hehren Vorbildes J.S. schimmert ein wenig durch. Auch dieser Despot ergriff Partei für Unterprivilegierte, verkündete ihnen was sie hören wollten und tyrannisierte das Volk nach seiner Machtergreifung. Sein Unterdrückungsstaat mit entwürdigten Menschen wird so lange Nachahmungstäter finden, bis wir endlich begreifen, dass Trug und Täuschung innerhalb der Politik längst akademisches Niveau entwickelt haben. – Ja, wir sollten es besser können.

Harry Burger

**Verfassungsgericht würde
politisch instrumentalisiert!**

Weshalb befürworten sowohl der mitte-links dominierte Bundesrat als auch der neu gewählte Nationalrat die Schaffung eines Verfassungsgerichtes?

Dabei werden heute schon alle Gesetze daraufhin geprüft, ob sie die Einheit der Materie, also die Bundesverfassung nicht verletzen.

SP-Bundesrätin Sommaruga – oberste Asylverantwortliche – ist aus rein ideologischen Gründen eine Befürworterin. Nach ihrer Auffassung soll jeder Asylbewerber das Recht erhalten, negative Entscheidung gerichtlich anzufechten, ob wir nun genug geeignete Arbeitsplätze für diese Leute haben oder nicht, koste es was es wolle. Klare Gesetzesbestimmungen sollen durch den Einfluss des Verfassungsgerichtes in unscharf verfließende Konturen verwässert und faktisch wirkungslos gemacht werden. Linke Juristen und Richter, welche im neu zu schaffenden Verfassungsgericht ebenfalls Einsitz hätten, würden vor allem arglistig mit argumentativen Tricks versuchen, ein Bleiberecht für abgewiesene Asylbewerber zu erzwingen. Die an der Urne deutlich angenommene eidg. Ausschaffungsinitiative wird in den meisten Kantonen nach dem Wortlaut der neuen strengen Bestimmungen nicht angewandt. Wie

würde wohl ein mitte-links zusammengesetztes Verfassungsgericht – auf eine Klage von bürgerlicher Seite reagieren? Missstände im Asylwesen würden wohl schön geredet. Es wird zwar lauthals von der «Stärkung der Bürgerrechte» schwadroniert, doch hätte der Schweizer Stimmbürger tatsächlich Vorteile? In Tat und Wahrheit ist dies zu verneinen. Die Menschen wissen immer weniger, welches Recht, welche Gesetze nun eigentlich gelten, kommt noch hinzu, dass in unserem eigenen Land von linker richterlicher Seite her versucht wird, ausländisches Recht und Brauchtum aufgrund von allzu milden Urteilen zu berücksichtigen. Das Bundesgericht ist neben den Kantonalen Gerichten die höchste richterliche Instanz; sollen sich die neu ins Leben zu rufenden Verfassungsrichter in einer Art Beschäftigungstherapie mit den Bundesrichtern anlegen? Abschliessende Urteile dürften dann noch viel mehr Zeit beanspruchen. Die Sehnsucht nach einem Verfassungsgericht – wie in Deutschland – ist ein altes SP-Anliegen und würde vor allem eines bringen: *Rechtsunsicherheit*, deshalb ein klares *Nein!*

Marcus Stoercklé jun., Basel

Bankier-Verschwörung

Occupy hat eindeutig den Nerv der Zeit getroffen, da die Finanzen uns alle betreffen. Doch ist es nicht so, dass wir Bürger noch sehr wenig darüber wissen, wie es wirklich um unsere Finanzen steht? Wie kam es überhaupt zur bedenklichen Macht der Banken? Dazu ein kleiner geschichtlicher Exkurs. Anlässlich der Gründung der internationalen Bankenallianz 1913 in Paris wurde folgende Erklärung verlautbart: «Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze für die Welt zu diktieren, wie sie es bisher im Verborgenen getan hat... Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolger der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten, mit einer Autorität, die sich nicht nur über ein Land, sondern über den gesam-

ten Erdball erstreckt.» Nicht zufällig ereignete sich am 24. Oktober 1929 der «Schwarze Donnerstag», in Folge dieses grossen Crashes wurde das Geld aus den Händen von Vielen für den Profit einiger Weniger umgeschichtet. Das heisst, dass die Geldverleiher für ihre wertlosen Papiere von ihren zahlungsunfähigen Schuldnern Edelmetalle, Liegenschaften und Land erhielten. Dieses Szenario scheint sich vor unseren Augen zu wiederholen, nur wird es sich diesmal noch viel schlimmer ausgestalten, da sich die Hochfinanz zum Ziel gesetzt hat, uns alle zu enteignen. Wie lange wollen wir diesem Banken-Weltbetrug noch huldigen?

Martin Bracher, Büsserach

Die Zukunft der 2. Säule

Berichtsentwurf des Bundesrats zuhanden der Bundesversammlung über die Zukunft der 2. Säule.

Zur Zukunft der 2. Säule nehme ich wie folgt Stellung:

Renten Kürzungen über AHV/IV kompensieren!

Der Bund muss über die AHV/IV-Renten gewährleisten, welche den Existenzbedarf angemessen decken (Art. 112 Abs. 2 b. BV). Das ist heute für viele KleinrentnerInnen, insbesondere solche, welche in teuren Wohngebieten wohnen, nicht mehr der Fall. Deshalb müssen Bund und Kantone heute vermehrt Ergänzungsleistungen ausrichten (Art. 112a BV). Die AHV/IV wird im Umlageverfahren finanziert. Zudem kann der Bund bis zur Hälfte für die AHV/IV-Ausga-

ben aufkommen (Art. 112 Abs. 4 BV). Damit ist die AHV/IV nur in einem geringen Masse von der Entwicklung der Finanzmärkte abhängig, ganz im Gegensatz zur beruflichen Vorsorge, die heute und sicher auch in naher Zukunft mit sehr tiefen Kapitalerträgen konfrontiert ist. Deshalb ist es unverstänlich, warum der Bundesrat in seinem Berichtsentwurf über die Zukunft der 2. Säule nicht stärker auf die Substitution von Rentenansprüchen an die 2. Säule durch höhere AHV/IV-Renten eingeht.

Die Probleme und Mängel der 2. Säule werden im Bericht umfassend dargestellt: Komplexität, Anlagerisiken, Unterdeckung, Rentnerkassen, Mindestumwandlungssatz, Mindestzinssatz, technischer Zinssatz, Transparenz, Vermögensverwaltungskosten usw.

Um im Rentenalter die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise sicherzustellen (Art. 113 Abs. 2 a. BV), ist, zumindest für die KleinverdienerInnen, der Ausbau der AHV/IV besser geeignet als die zusätzliche Alimentierung der 2. Säule, da er effizienter und unabhängig von Finanzmarkturbulenzen ist. Durch die variable Beteiligung des Bundes an den AHV/IV-Ausgaben könnten auch Finanzierungsprobleme der Renten flexibler gelöst werden. Deshalb erstaunt es, warum der Berichtsentwurf des Bundesrats sämtliche Details von Sanierungsmassnahmen der 2. Säule ausbreitet, naheliegende Lösungen über die 1. Säule aber nur am Rande erwähnt (Kapitel 9.4.3.2 Lösungsansatz C.1 Ausgleich über die 1. Säule, S. 99ff.). Es fehlt die grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesem Thema!

Die Bedeutung der 2. Säule ist in

der Schweiz zu hoch. Sie muss effizienter gemacht werden (Fusionen von Pensionskassen, Senkung der Vermögensverwaltungskosten). Zudem sollen die Renten der 2. Säule den erzielbaren Finanzerträgen des Kapitalmarkts angepasst werden und zwar ohne Beitragserhöhungen, Senkung des BVG-Koordinationsabzugs oder Erhöhung des ordentlichen Rücktrittsalters. Im Gegenzug soll die 1. Säule (AHV/IV), nicht nur für eine Übergangszeit, für die KleinrentnerInnen ausgebaut werden.

P.S.: Kein Thema ist im Berichtsentwurf die Vertretungsmacht der Vorsorgeeinrichtungen an den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften. Gerade sie könnten Druck auf die übermässigen Entschädigungen von Management und Verwaltung der Aktiengesellschaften ausüben.

Alex Schneider, Küttigen

Bist Du gegen die Einwanderung, Übervölkerung und Überfremdung? Hast Du schon Unterschriften gesammelt für die SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau?

Sammele jetzt oder verteile Bögen in deinem Dorf oder deiner Stadt!

Unter www.schweizer-demokraten.ch kannst Du die Bögen runterladen. Du kannst aber auch einfach anrufen und gratis Bogen bestellen unter der Telefonnummer 031 974 20 10.

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten 

SD-Zentralsekretariat

Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat /
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni des laufenden Jahres folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf,
rudolf.keller@bluewin.ch

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»

Es wird eng in der Schweiz!

- ➡ Jeden Tag wird in der Schweiz die Fläche von über 15 Fussballfeldern wertvollen Kulturlandes verbaut...
- ➡ Im Verlaufe der letzten 10 Jahre hat die Bevölkerung explosionsartig um 500'000 Menschen zugenommen...
- ➡ Heute leben schon über 7,8 Millionen Menschen in der Schweiz...
- ➡ Überfüllte Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsnot, steigender Energieverbrauch, übermässige Umweltbelastung und Zersiedelung der Landschaft sind Folgen der Überbevölkerung...
- ➡ Mit Ihrer Unterschrift helfen Sie mit, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen!

Eidgenössische Volksinitiative „Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung“

Im Bundesblatt veröffentlicht am 26. Juli 2011. Die unterzeichneten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 73a (neu) Stabilisierung der Gesamtbevölkerung

¹ Der Bund trifft Massnahmen gegen die Überbevölkerung der Schweiz.

² Er sorgt dafür, dass die Zuwanderung die Abwanderung nicht übersteigt. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind von dieser Beschränkung ausgenommen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es **handschriftlich** unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich **strafbar** nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton _____	PLZ _____	Politische Gemeinde _____			Kontrolle (leer lassen)
Nr.	Name, Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag Monat Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift (eigenhändig)	
1					
2					
3					
4					
5					

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Initiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:
Patrick Blöchliger, Gemeinderat, Schwandenholzstr. 161, 8052 Zürich; **Dr. -Ing. Michel Dupont**, chemin de la Clergère 29, 1009 Pully; **Lonny Flückiger-Lehmann**, rue du Stand 14, 2053 Cernier; **Bernhard Hess**, e. Nationalrat, Normannenstr. 45, 3018 Bern; **Rudolf Keller**, e. Nationalrat, Aderfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf; **Ruth Krähenbühl-Gerber**, Mittlere Halterstr. 10, 3625 Helligenschwend; **René Kunz**, Grossrat, Breilestr. 14, 5734 Reinach AG; **Robert Meyer**, Stadtrat, Untermaltweg 66, 3027 Bern; **Dr. Ing. -chem. ETHZ Dragan Najman**, Grossrat, Mellingerstr. 176, 5400 Baden; **Dipl. Ing. agr. ETH Valentin Oehen**, e. Nationalrat, Köniztalstr. 12, 3098 Köniz; **Iic. Iur. Christoph Splüss**, Gemeinderat, Mühlezeigstr. 42, 8047 Zürich; **Roland Uhler**, e. Gemeinderat, Paul-Brandt-Str. 48, 9000 St. Gallen; **Lidwina Wiederkehr-Müller**, e. Gemeindeammann, Baldingerstr. 4, 5332 Rekingen AG; **Silvio Zannin**, Langgasse 69, 9008 St. Gallen.

Ablauf der Sammelfrist: 26. Januar 2013 Die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)		Amtsstempel
Ort	Datum	
Eigenhändige Unterschrift	Amtliche Eigenschaft	

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden an das Initiativkomitee «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»:
 Postfach 18, 5332 Rekingen AG www.stabilisierungs-initiative.ch